

Straßenbauarbeiten

Sanierung der Kreisstraße 40

BAUBESCHREIBUNG und weitere vertragliche Bedingungen

Inhalt:

Ziffer 1: Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

Ziffer 2: Beschreibung der örtlichen Verhältnisse

Ziffer 3: Ausführung der Bauleistung

Ziffer 4: Ausführungsunterlagen

Ziffer 5: Weitere vertragliche Bedingungen

1 Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

1.1 Auszuführende Leistungen

Es ist beabsichtigt den Streckenabschnitt von Str.-km 0,050 bis Str.-km 2,520 in Asphaltbauweise bei vollständigem Ersatz der vorhandenen Asphaltdeckschicht zu erneuern.

Die gesamte Baulänge beträgt rd. 2.470 m.

1.2 Gegenwärtiger Zustand

Die vorhandene Straßenoberfläche der Kreisstraße ist geprägt durch Netzkrisse, Schubverformungen, Ausbrüche und Flickstellenansammlungen.

1.3 Geplanter Ausbau

Ausbauquerschnitt:

Der vorhandenen Querschnitte werden hinsichtlich der Dimensionierung nicht verändert.

Fahrbahnaufbau:

4 cm bituminöse Asphaltdeckschicht

Entwässerung:

Die Entwässerung der Fahrbahn erfolgt über die vorhandenen Flächen.

2 Beschreibung der örtlichen Verhältnisse

2.1 Lage der Baustrecke

Die Baustrecke liegen an der freien Strecke der Kreisstraße 40 (siehe Anlage 2 Übersichtskarte).

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Vorhandene öffentliche Verkehrswege ist die Landesstraße 428 sowie die Kreisstraßen 39 und 40.

2.3 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen, Wasser- und Stromanschluss

Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen sind im Baustellenbereich nur begrenzt vorhanden. Soweit erforderlich ist die Beschaffung Sache des Auftragnehmers und ist in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

2.4 Lager- und Arbeitsplätze

Plätze für die Baustelleneinrichtung, Unterkünfte, Lagerung von Baustoffen sowie Arbeitsplätze stehen im Baustellenbereich auf Flächen des Auftraggebers nur begrenzt zur Verfügung. Werden weitere Flächen benötigt, so sind diese auf Kosten des Auftragnehmers anzumieten. Die Plätze sind dem Eigentümer in ordnungsgemäßem Zustand zurückzugeben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer dieses nachzuweisen.

2.5 Oberflächenwasser, Aufrechterhaltung der Vorflut und Wasserhaltung

Das während der Bauzeit anfallende Oberflächenwasser ist schadlos in die vorhandenen Vorfluter abzuleiten. Alle Kosten für die erforderlichen Maßnahmen zur Trockenhaltung der Baugruben und Gräben sowie des Erdplanums sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen, soweit sie nicht gesondert im Leistungsverzeichnis erfasst sind. Die Wasserhaltungsanlagen entsprechen nach Art und Umfang dem vorgesehenen Zweck. Einzurechnen sind die Kosten für die erforderlichen Erdarbeiten, Wasserrfassung, Zu- und Ableitungen sowie Absetzanlagen und Sandfänge. Eine Verschmutzung des Vorfluters durch die Baumaßnahme ist durch geeignete Maßnahmen auszuschließen.

2.6 Boden- und Untergrundverhältnisse

Werden auf dem Erdplanum der Vollausbauflächen die in der RStO / ZTV E-StB geforderten Verformungsmodule nicht erreicht, so sind geeignete Maßnahmen zur Herstellung der erforderlichen Werte zu vereinbaren. Bei den Erdarbeiten ist darauf zu achten, dass wasserempfindlicher Boden nicht aufweicht. Aufgeweichtes Material ist nach Abstimmung mit der Bauleitung durch nicht wasserempfindliches, standfestest Material zu ersetzen.

2.7 Zu schützende Bereiche und Objekte

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bis zur Abnahme der Leistung diese vor unbefugter Benutzung durch Dritte zu schützen. Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden und Folgen aus der Baustelleneinrichtung, einer nicht sachgemäßen Baudurchführung sowie aus einer Vernachlässigung der für die Verkehrssicherung erforderlichen Maßnahmen. **Eine erforderliche und zweckmäßige Beweissicherung hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten zu veranlassen.** Im Bedarfsfalle ist diese gemeinsam mit dem Auftraggeber und den Betroffenen vorzunehmen.

2.8 Anlagen im Baugelände

Vor Beginn jeglicher Vertragsleistung hat der Auftragnehmer bei den Ver- und Entsorgungsunternehmen, den Katasterämtern usw. Auskünfte über das etwaige Vorhandensein von unterirdischen Anlagen, Festpunkten usw. einzuholen und bei der Ausführung zu berücksichtigen. Erforderliches Material zur Markierung von Anlagen sowie benötigte Hilfskräfte sind ohne besondere Vergütung bereitzustellen.

2.9 Öffentlicher Verkehr im Baustellenbereich

Für die Abfallsammlungen der Anlieger hat sich der AN mit den entsprechenden Entsorgungsunternehmen abzustimmen. Ggf. ist das Verbringen der Abfallbehälter am Abfuhrtag zu einer für die Entsorger erreichbaren Sammelstelle durchzuführen. Kosten hierfür sind in die Baustelleneinrichtungen einzurechnen.

3 Ausführung der Bauleistung

3.1 Bauablauf der Gesamtbaustrecke

Die Disposition des Bauablaufs ist so zu wählen, dass die im Bauvertrag vereinbarten Fertigstellungstermine eingehalten werden. Die Erschwernisse durch die teilweise beengten Verhältnisse sind in die Einheitspreise einzurechnen.

3.2 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten, Vergabe nach Losen

Erforderliche Umbauten und Erweiterungen der sich im Baubereich befindlichen Versorgungsleitungen sind auf Verlangen der betroffenen Versorgungsträger mit auszuführen. Werden von den Betreibern dieser Anlagen andere Firmen mit den Arbeiten beauftragt, so ist mit diesen der Bauablauf zu koordinieren. Die Durchführung dieser Arbeiten gilt nicht als Behinderung.

3.3 Nebenanlagen

Feld-, Wiesen- und Grundstückszufahrten und Zugänge sind nach Angabe der Bauleitung wiederherzustellen. Werden durch den Ausbau Einfriedigungen zurückversetzt (Zäune, Mauern etc.), so sind die vorhandenen Materialien sorgfältig aufzunehmen und nach Rücksprache mit dem AG - soweit brauchbar - bei der Wiederherstellung vorrangig zu verwenden.

3.4 Sicherung von Grenz- und Vermessungspunkten

Im Baufeld vorhandene Grenz- und Vermessungspunkte dürfen nur nach Abstimmung mit dem Auftraggeber aufgenommen oder verändert werden. Punkte, die an ihrer ursprünglichen Stelle verbleiben, sind durch geeignete Maßnahmen gegen Beschädigungen zu sichern.

3.5 Stillstandzeiten

Stillstandzeiten sind während der gesamten Bauzeit durch entsprechende Disposition des Auftragnehmers zu vermeiden und werden nicht gesondert vergütet.

3.6 Winterbau

Winterbau ist zulässig, soweit die technischen Vorschriften eingehalten werden.

3.7 Verkehrssicherung, Verkehrsführung

Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor Beginn der Vertragsleistungen nach § 45 Abs. 6 der StVO Verkehrszeichenpläne über die Arbeitsstellen der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Die ständige Sauberhaltung der durch die Bauarbeiten oder die Transportfahrzeuge eintretende Verschmutzung der Fahrbahn, die Instandhaltung der Zufahrtsstraßen und -wege sowie die Herrichtung und Befestigung von Notwegen, Anschlussrampen und sonstigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und des Anliegerverkehrs ist Angelegenheit des Auftragnehmers. **Die Erreichbarkeit der anliegenden Grundstücke ist in Abstimmung mit den betroffenen Anliegern über die Bauzeit weitestgehend sicherzustellen.** Behinderungen sind so gering wie möglich zu halten. Gestellung, Vorhaltung und Beseitigung sämtlicher erforderlichen Verkehrszeichen, Beleuchtungs- und Lichtzeichenanlagen, Stromquellen, Beschilderung, Sperr- und Umleitungsstrecken ist Sache des Auftragnehmers. Die Kosten für diese Leistungen sind in die Einheitspreise einzurechnen soweit nicht besondere Ansätze hierfür in der Leistungsbeschreibung vorgesehen sind. Sämtliche Verkehrszeichen müssen der StVO entsprechen und reflektierend sein. Die Reinigung und Unterhaltung der Verkehrszeichen ist regelmäßig durchzuführen. Eventuelle Anordnungen der Bauleitung hinsichtlich der Reinigung ist Folge zu leisten.

3.8 Sicherungsmaßnahmen

Über Lage und Umfang von vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen hat sich der Auftragnehmer vor Beginn der Bauarbeiten durch die zuständigen Versorgungsträger einweisen zu lassen. Im Bereich der Leitungen ist mit größter Sorgfalt und Beachtung der einschlägigen Kabelschutzverordnungen sowie der Unfallverhütungsvorschriften zu arbeiten. Die Haftung für entstandene Schäden trägt der Auftragnehmer.

3.9 Aufmaßverfahren

Alle Aufmaße sind arbeitstäglich **gemeinsam** mit der örtlichen Bauleitung vorzunehmen. Aufmaße, die nicht gemeinsam vorgenommen und unterzeichnet wurden, werden im Nachhinein **nicht** anerkannt. Rechnungen (3-fach) und die den Rechnungen beizufügenden Unterlagen (3-fach) sind beim Dezernat 2, Bereich 2.67, des Landkreises Holzminden über die örtliche Bau-

leitung einzureichen. Pläne, Skizzen und weitere Unterlagen, die für die Abrechnung benötigt werden (§ 14 VOB/B), sind vom Auftragnehmer in Verbindung mit der örtlichen Bauleitung des Auftraggebers aufzunehmen und vom Auftragnehmer tabellarisch und zeichnerisch darzustellen. Auszubauende Fahrbahnflächen sowie sämtliche beim Schlusssaufmaß nicht sichtbare Leistungsteile sind grundsätzlich vorher aufzumessen und durch Aufmaßskizzen mit Maßangaben zu belegen. Die mit den Abschlagsrechnungen vorzulegenden Teilaufmäße und Prüfungsnachweise sind vollständig und unaufgefordert beizufügen.

3.10 Stoffe und Bauteile

Alle Stoffe und Bauteile werden vom Auftragnehmer geliefert, wenn in der Leistungsbeschreibung keine andere Regelung vorgesehen ist. Der Nachweis der Eignung für die zu liefernden Materialien ist rechtzeitig vor Beginn der Ausführung zu erbringen. Bei den in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Positionen, in denen ein bestimmtes Fabrikat aufgeführt und die Verwendung eines gleichwertigen Fabrikates zugelassen wird, ist vom Auftragnehmer das von ihm vorgesehene gleichwertige Fabrikat zu benennen. Bei Nichtangabe einer gleichwertigen Lösung ist die im LV vorgegebene Möglichkeit maßgebend.

4 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt Unterlagen

Als Ausführungsunterlagen werden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt:

- Übersichtslageplan (Maßstab ohne)

Der Auftragnehmer wird vor Beginn der Arbeiten in die Örtlichkeit eingewiesen.

4.2 Vom Auftragnehmer vorzulegende Unterlagen

Vor dem Arbeitsbeginn: Bauzeitenplan mit Angabe der voraussichtlichen Abschlagsanforderungen.

Ferner hat der AN hat der örtlichen Bauüberwachung des AG's täglich, spätestens am darauffolgenden Werktag, Tagesberichte zu übergeben.

5 Weitere vertragliche Bedingungen

5.1 Materialnachweis

Zum Nachweis der gelieferten Stoffe werden nur die **Originale** der durch Unterschrift der Bauaufsicht bescheinigten Lieferscheine und Wiegekarten anerkannt, auf denen die jeweiligen Ausbaupositionen enthalten sein müssen. **Wiegekarten mit Handeintragungen sind ungültig.** Lieferscheine sind arbeitstäglich, spätestens am darauffolgenden Werktag, der örtlichen Bauleitung unaufgefordert vorzulegen. Bei Nichteinhaltung wird der Lieferschein nicht anerkannt.

Der Materialverbrauch für die Positionen mit vorgeschriebenen Einbaustärken bzw. Einbaugewichten ist bei der Schlussrechnung anhand eines Soll-Ist-Vergleiches vorzulegen. Bei Material aus Anlagen des Auftragnehmers werden Lieferscheine nur dann akzeptiert, wenn die Menge durch eine beigelegte Wiegekarte belegt ist. Das gilt auch für Recyclingmaterial.

Für den Soll-Ist-Vergleich der Baustoffe werden folgende verbindliche spezifische Einbaugewichte zugrunde gelegt:

		lose	verdichtet
a) Oberboden	=	1,6 t/m ³	---
b) Füllsand	=	1,8 t/m ³	2,1 t/m ³
c) Füllkies	=	1,8 t/m ³	2,1 t/m ³
d) Baustoffgemisch	=	1,9 t/m ³	2,2 t/m ³
e) Bitu-Kies Tragschichten	=	---	2,3 t/m ³

f) Asphaltbinder	=	---	2,4 t/m ³
g) Asphaltbeton	=	---	2,5 t/m ³

Die Werte der vorstehenden Tabelle gelten nicht, wenn die Einbaugewichte durch eine Materialeignungsprüfung nachgewiesen sind. Die Materialeignungsprüfung kann durch den Auftragnehmer erbracht oder durch den Auftraggeber verlangt werden.

5.2 Prüfungen

Eignungs- und Kontrollprüfungen sind in ausreichender Anzahl gemäß dem Bauvertrag zu grundlegenden Richtlinien und Technischen Vorschriften vorzunehmen. Die genehmigten Eignungsprüfungen und die Zulassungsbescheide müssen vor Einbau der Materialien vorliegen. Der Einbau von Bitumengemischen erfolgt, soweit nicht abweichend festgelegt, nach Gewicht. Das in der anerkannten Eignungsprüfung ermittelte Raumgewicht wird entsprechend der geforderten Einbaustärke der Abrechnung zugrundegelegt. Der Nachweis ist mit anerkannten Wiegescheinen zu erbringen. Die Prüfung der Einbaudicke der Gesteinskörnung erfolgt sinngemäß nach TPD-StB. Alle erforderlichen Geräte zur Durchführung der Kontrollprüfungen, wie Siebsatz, CM-Gerät, Proctor, Plattendruckgerät usw., sind auf der Baustelle vom Auftragnehmer vorzuhalten. Die Kosten zur Vorhaltung sind in die Einheitspreise einzurechnen. Der Mindestumfang an Plattendruckversuchen im Rahmen der Eigenüberwachung ist entsprechend ZTV E-StB nachzuweisen. Werden auf dem Unterbau trotz sachgemäßer Verdichtung und Einbaubedingungen die erforderlichen Verformungsmodule nicht erreicht, so ist der Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten und geeignete Maßnahmen zu vereinbaren.

5.3 Bedarfs- und Wahlpositionen

Bei Arbeiten, die nach der Leistungsbeschreibung nur auf besondere Anweisung des Auftraggebers ausgeführt werden sollen (Bedarfsposition), hat der Auftragnehmer die Notwendigkeit zur Ausführung zu prüfen und mit Begründung die Freigabe beim Auftraggeber rechtzeitig zu beantragen.

Die im Leistungsverzeichnis als Wahlposition gekennzeichneten Positionen dürfen nur auf besonderen Auftrag durch den Auftraggeber ausgeführt werden. Die anteiligen Kosten für die Verkehrssicherung und Baustelleneinrichtung sind in die Einzelpreise der Bedarfspositionen einzurechnen. Sie sind in den entsprechenden Pauschalen nicht enthalten.

Handelt es sich bei den Bedarfspositionen um den Materialeinbau nach Gewicht (Tonnenpositionen) oder nach Raummaß, so ist über den Einbau ein besonderer Nachweis zu führen. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn die Leistung von der Bauleitung anerkannt und mit dem Vermerk der Position und Einbaustation versehen ist.

5.4 Schutz von vorhandenen Bäumen und Sträuchern

Das Entfernen von im Baustellenbereich vorhandenen Bäumen und Sträuchern ist nur auf besondere Anweisung der Bauleitung zulässig. Im Baustellenbereich verbleibende Bäume und Sträucher sind gemäß den "Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen (RSBB)" zu schützen. Des Weiteren sind zum Schutz vorhandener Vegetation zu beachten: Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen (RAS-LP4); DIN 18920 - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen. Die Kosten für diese Leistungen sind in die Einheitspreise einzurechnen soweit nicht besondere Ansätze hierfür in der Leistungsbeschreibung vorgesehen sind.

5.5 Schutz von vorhandenen Gewässern, Umweltschutz

Die durch die Bauarbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen der Umwelt, Gewässer und Landschaft sind auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Wasserhaltungsanlagen sind so anzulegen, dass Verunreinigungen durch wassergefährdende Stoffe, Schlamm usw. ausgeschlossen werden.

Ergeben sich aus der Nichtbeachtung der Umweltschutzvorschriften Schäden bzw. Ansprüche Dritter, so trägt der Auftragnehmer die alleinige Haftung.

5.6 Entsorgung von Bauschutt

Sämtliche Abbruchmassen, Aushub, Straßenaufbruch usw. gehen, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts anderes festgestellt ist, in das Eigentum des Auftragnehmers über. Die rest- und schadlose Beseitigung dieser Stoffe liegt voll in der Zuständigkeit des Auftragnehmers. In diesem Zusammenhang hat der Auftragnehmer sämtliche Gebühren für die Ablagerung auf Deponien bzw. den Aufbereitungsplätzen zu übernehmen. Die Abfuhr des verdrängten Bodens muss zu einer vom Landkreis genehmigten Boden- und Bauschuttdeponie erfolgen. Anderweitige Ablagerungen sind nur gegen den Nachweis einer gültigen Genehmigung gestattet. Wieder verwertbare Stoffe sind getrennt zu sammeln und abzufahren und, soweit diese nicht vom Auftragnehmer wiederverwertet werden, an den hierfür vorgesehenen Sammelplätzen abzuliefern. Dieses gilt insbesondere für recyclingfähigen Straßenaufbruch und Abbruchholz.

5.7 Einsatz von Aufbereitungsprodukten aus Bauschutt Baustellenabfälle und Straßenaufbruch

Der Einsatz von aus der Bauschuttaufbereitung stammenden Baustoffen und Baustoffgemischen ist zulässig, wenn diese Stoffe den Qualitätsanforderungen der Zusätzlichen Technischen Vorschriften (ZTV) entsprechen. Die Eignung für den vorgesehenen Verwendungszweck sowie die Umweltverträglichkeit dieser Stoffe ist durch ein Eignungsprüfungszeugnis nachzuweisen.

Verwendung pechhaltiger Stoffe:

- Ausbau

Beim Ausbau pechhaltiger Schichten ist das Arbeitsverfahren so zu gestalten, dass PAK-haltige Gase, Dämpfe oder Stäube, soweit dies nach dem Stand der Technik möglich ist, nicht frei werden und unmittelbarer Hautkontakt nach TRGS 150 (Technische Regeln für Gefahrstoffe 150) vermieden wird. Beim Ausbau des pechbelasteten Asphalts sind die Anforderungen der TRGS 551 einzuhalten. Bei entsprechenden Arbeiten ist eine Sicherheitsfachkraft gemäß BGR 128 zu benennen. Zur Reduzierung der Staubentwicklung bei Ausbaumaßnahmen ist das Material feucht zu halten. Ferner wird auf die Verwendung geschlossener Bedienungsstände bei Baumaschinen, eine Zwangslüftung mit zuvor gereinigter Luft und die allgemeinen technischen Maßnahmen der TRGS 551, Nr. 5.1 sowie die speziellen technischen Maßnahmen der TRGS 551, Nr. 5.2.4 hingewiesen.

- Anforderungen an Zwischenlager

Pechhaltige Straßenbaustoffe sind auf wasserundurchlässiger Bodenplatte (z.B. Straßenbauweise in Beton oder Asphalt) zu lagern und allseitig gegen eindringende Niederschläge zu schützen. Erfolgt die Zwischenlagerung nicht unter Dach, dürfen pechhaltige Straßenausbaustoffe nur auf wasserdichter Unterlage mit Sickerwasserfassung zwischengelagert werden. Die Ausbaustoffe sind dann durch Abdecken gegen Durchfeuchtung zu schützen. Die ordnungsgemäße Entsorgung des Sickerwassers ist sicherzustellen. Pechfreie Straßenausbaustoffe sind getrennt von pechhaltigen Straßenausbaustoffen zu halten und zu lagern, um sie möglichst hochwertig, z.B. im Heißmischgut wieder einsetzen zu können.

Gefahrenabwehr:

Mit dem Abschluss des Bauvertrages wird der Auftragnehmer für den auf ihn übertragenen Teilbereich der Baumaßnahmen verantwortlich. Er hat die von ihm beherrschbaren Gefahren auszuschließen, für Ordnung auf seiner Baustelle zu sorgen und die Sicherheit seiner Beschäftigten zu gewährleisten. Unternehmer deren Leistungen auf der Baustelle zeitlich und örtlich zusammentreffen, haben sich gemäß § 6 Abs. 2 der Unfallverhütungsvorschrift "Allgemeine Vorschriften" (VBG 1) mit den anderen abzustimmen, um eine gegenseitige Gefährdung und nach den Bestimmungen der betreffenden Landesbauordnung auch die Gefährdung Dritter zu vermeiden.

5.8 Vorschriften und Richtlinien

Bei der Ausführung der Arbeiten sind folgende Vorschriften und Richtlinien in den jeweils gültigen Fassungen zu beachten:

ZTV E-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau
ZTV T-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau
ZTV Pflaster-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen
ZTV SoB-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau
ZTV Asphalt-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt
ZTV A-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen
ZTV Ew-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau
ZVB/E-StB	Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau
RStO	Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen
RSA	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen
TL Gestein-StB	Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau
TL SoB-StB	Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau
TL G SoB-StB	Technische Lieferbedingungen/Güteüberwachung von Baustoffen und Böden für Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau
TL G Asphalt-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphalt im Straßenbau; Teil: Güteüberwachung